

## Protokoll vom 7.-9. Februar 2005 – Potsdam – AG Mantel

### 1. Entgelttabelle

Für Beschäftigte die einen Anspruch auf Vergütungsgruppenzulage hätten (z.B. im Sozial- und Erziehungsdienst, in Sparkassen, für Meister) gilt folgendes:

Für Beschäftigte die in der Phase zwischen in Kraft treten des TVöD und In Kraft treten der neuen Entgeltordnung einen Anspruch auf Zahlung einer Vergütungsgruppenzulage erwerben, wird die Vergütungsgruppenzulage bei Vorliegen der jeweiligen Voraussetzungen gezahlt. Die Weiterzahlung über das in Kraft treten der neuen Entgeltordnung hinaus steht unter dem Vorbehalt einer dort zu treffenden entsprechenden Regelung.

### 2. Eingruppierung/Tätigkeitsmerkmale/Heraushebungsmerkmale

- wird zurückgestellt -

### 3. Vorübergehende/vertretungsweise Übertragung höherwertiger Tätigkeiten bzw. Vorarbeiterzulage

## **§ 0**

### **Vorübergehende Ausübung einer höherwertigen Tätigkeit**

- 1) Wird dem/der Beschäftigten vorübergehend oder vertretungsweise eine andere Tätigkeit (§ m Abs. 2 Unterabsatz 1) übertragen, die den Tätigkeitsmerkmalen einer höheren als seiner/ihrer Eingruppierung entspricht (§ m Abs. 2 Unterabsatz 2 bis 5), und hat er/sie diese mindestens einen Monat ausgeübt, erhält er/sie für die Dauer der Ausübung eine persönliche Zulage, rückwirkend ab dem ersten Tag der Übertragung der Tätigkeit.
- 2) Abweichend von Absatz 1 ist durch landesbezirklichen Tarifvertrag, für den Bund durch einen Bundestarifvertrag im Rahmen eines Kataloges, der die hierfür in Frage kommenden Tätigkeiten aufführt, zu bestimmen, dass die Voraussetzung für die Zahlung einer persönlichen Zulage bereits erfüllt ist, wenn die vorübergehend oder vertretungsweise ausgeübte Tätigkeit mindestens drei Arbeitstage andauert hat und der/die Beschäftigte ab dem ersten Tag der Vertretung in Anspruch genommen worden ist.

**Vormerkung für Überleitung:** Bis zum Zeitpunkt der Inkraftsetzung eines Tarifvertrages gemäß Satz 1, spätestens bis zum 30. Juni 2007 verbleibt es für die aus dem BMT-G/BMT-G-O bzw. MTArb/MTArb-O übergeleiteten Beschäftigten bei den bisher geltenden Regelungen.

- 3) Die persönliche Zulage bemisst sich aus dem Unterschiedsbetrag zwischen der bisherigen Entgeltgruppe und Stufe und der Entgeltgruppe und Stufe, die dem

Beschäftigten zustehen würde, wenn er in die Entgeltgruppe des/der Vertretenen höhergruppiert worden wäre. (Verweis auf die Niederschrift vom 17-20.8.2004, Anlage 5 Pkt. 4) Steht die Zulage nicht für einen vollen Kalendermonat zu, erhält er/sie für jeden Kalendertag der Übertragung 1/30 der Zulage.

Zur Vorarbeiterregelung:

## **§ p**

### **Vorarbeiter-/Teamleiterzulage**

Beschäftigte, denen die Tätigkeit eines Vorarbeiters oder Teamleiters übertragen wird, werden für die Dauer dieser Tätigkeit jeweils eine Entgeltgruppe höhergruppiert. Diese Eingruppierung ist jederzeit widerruflich.

(Definition Vorarbeiter und Vorhandwerker für die Zeit bis zum Inkrafttreten der Entgeltordnung wie bisher; Überprüfung der Definition/Regelung im Zusammenhang mit der Entgeltordnung)

Beiderseitiger Prüfvorbehalt bezüglich der Auswirkungen und eines Besitzstandes.

#### 4. Ausgestaltung der Entgelttabelle/Entgelt für KR-Tätigkeit (klarstellend Grundsatzentscheidung)

erledigt

#### 5. Leistungsabhängige Stufenaufstiege

Bei Leistungen, die erheblich über dem Durchschnitt liegen, kann die erforderliche Zeit in den Stufen verkürzt werden. Bei Leistungen, die erheblich unter dem Durchschnitt liegen, kann die erforderliche Zeit in den Stufen verlängert werden. Für Beschwerdefälle ist die betriebliche Kommission (§ ... mit dem entsprechenden Verfahren wie TV-V) zuständig.

Auf § 6 Abs. 5 TV-V nebst Protokollerklärung wird verwiesen.

Pflicht zur jährlichen Überprüfung durch Arbeitgeber; Regelung nur für das Erreichen der Stufen 4 bis 6

Niederschriftserklärung: Die Tarifvertragsparteien stimmen darin überein, dass die Instrumente der materiellen Leistungsanreize (Leistungszulage, Leistungsprämie) und der leistungsbezogene Stufenaufstieg unabhängig voneinander bestehen und unterschiedlichen Zielen dienen. Leistungsbezogene Stufenaufstiege unterstützen insbesondere die Anliegen der Personalentwicklung.

Merkposten: Leistungsminderungen (Redaktion)

#### 6. Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall

Für Beschäftigte, die unter die Alt-Übergangsregelung des § 71 BAT (Entgeltfortzahlung max. bis zur 26. Woche) fallen, wird als Krankengeldzuschuss die Differenz zwischen Nettourlaubsentgelt und Nettokrankengeld gezahlt.

Für alle übrigen Beschäftigten bleibt es bei der bisherigen Regelung (Differenz zwischen Nettourlaubsentgelt und Bruttokrankengeld).

In beiden Fällen wird der Krankengeldzuschuss statt längstens bis zum Ende der 26. Woche zukünftig längstens bis zum Ende der 39. Woche gewährt.

#### 7. Ärztliche Untersuchung

Der Arbeitgeber ist bei begründeter Veranlassung berechtigt, den Arbeitnehmer zu verpflichten, durch ärztliche Bescheinigung nachzuweisen, ob er zur Leistung der arbeitsvertraglich geschuldeten Tätigkeit in der Lage ist. Bei dem beauftragten Arzt kann es sich um einen Betriebsarzt oder einen anderen Arzt, auf den sich die Betriebsparteien geeinigt haben, handeln.

(Redaktionsvorbehalt)

#### 8. Sachgrundlose Befristung

Pol. Kreis

#### 9. Abschaffung der Unkündbarkeit/Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Pol. Kreis

#### 10. Rationalisierungsschutz TV/TV Soziale Absicherung

Die Tarife bleiben z.Zt. in ihrem jeweiligen Geltungsbereich bestehen und sind reaktionell anzupassen (Aufhebung der Differenzierung nach Statusgruppen). Die Tarifvertragsparteien verpflichten sich, vor Auslaufen des TV Soziale Absicherung Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, einen Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung zu vereinbaren.

§ 3 des Tarifvertrages zur sozialen Absicherung wird auf Verlangen von ver.di bis zum 31. Dezember 2009 verlängert.

### 11. Härtefallregelungen

ver.di lehnt die Forderung der Arbeitgeber nach weiterer tarifvertraglicher Öffnung für landesbezirkliche Tarifverträge ab und verweist auf die entsprechende Richtlinie des Gewerkschaftsrates. Damit seien befristete landesbezirkliche Regelungen im Einzelfall für insolvenzfähige Einrichtungen nicht ausgeschlossen.

### 12. Arbeitszeitvolumen (als Lohnrundenthematik)

- politische Entscheidung –

### 13. Anzahl der Urlaubstage

- Erholungsurlaub                      bis zum 30. Lebensjahr      26 Arbeitstage  
    Bis zum 40. Lebensjahr      29 Arbeitstage  
    Nach dem vollendeten 40 Lebensjahr 30 Arbeitstage  
    Besitzstandsregelung für am Stichtag vorhandene Beschäftigte (Redaktion)  
Auf Basis § 14 TV-V – redaktionelle Anpassung insbesondere Verweise BurlG
- Sonderurlaub  
Beschäftigte können bei Vorliegen eines wichtigen Grundes unter Verzicht auf die Fortzahlung des Entgeltes Sonderurlaub erhalten.
- Bildungsurlaub – Arbeitgeber: keine Regelungsnotwendigkeit
- Arbeitsbefreiung  
§ 52 BAT; 8 Werktagen und Erweiterung um Landesfachbereichsvorstände
- 
- Zusatzurlaub  
VKA: Vorübergehende Fortgeltung Anlage 11 BMT-G bis zu einer landesbezirklichen Neuregelung  
Bund: Weitergeltung des § 49 BAT/ MTArb bis Bundesregelung  
Zusatzurlaub für Wechselschicht- und Schichturlaub § 14 Abs. 3 Sätze 3 - 5 TV-V (6 Urlaubstage pro Jahr bei Wechselschicht)  
Redaktionelle Anpassung Bund

### 14. Bemessungsgrundlage für Urlaub, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und am 24./31.12., Arbeitsbefreiung, Sonderzahlung, § 6 Abs. 3 bzw. 16 Abs. 1 TV-V mit Klarstellung, dass bei der Berechnung des Durchschnittsentgelts der Beschäftigte so gestellt wird als ob er/sie während des Bemessungszeitraums gearbeitet hätte.

### 15. § 8 Abs. 3 Satz 2 TVöD

wird folgender Teilsatz angefügt: Satz 1 gilt entsprechend

## 16. Ausgleich für Sonderformen der Arbeit

Zeitzuschläge je Stunde

Überstunden =

E 1 – 9 = 30 %

E 10 - 15 = 15 %

Nacharbeit (beginnt 21.00 Uhr) = 20 %, Angestellte in Krankenhäusern: Status quo

Samstagsarbeit 13.00 – 21.00 Uhr = Formulierung TVV = 20 %, Angestellte in Krankenhäusern: Status quo

Sonntagsarbeit = 25 %

Feiertagsarbeit = 35 %

24.12. und 31.12. = ab 6.00 Uhr 35 %

### Beträge in § 10 Abs. 5 TVöD

105,00 € monatlich; 0,63 € pro Stunde

### Beträge in § 10 Abs. 6 TVöD

40,00 € monatlich; 0,24 € pro Stunde

Prüfvorbehalt: Regelungsnotwendigkeit § 33a Abs. 2 BAT

VKA: Vorübergehende Fortgeltung Tarifvertrag betreffend Wechselschicht- und Schichtzulagen und Tarifvertrag zu § 24 BMT-G bis zu einer Nachfolgeregelung für die Sonderregelungen/Sondervereinbarungen zum BAT/ BMT-G bzw. bis zu einer landesbezirklichen Neuregelung

Rufbereitschaft:

§ 10 Abs. 3 TV-V, ergänzende Regelung: ratierliche Berechnung bei nicht durchgängiger (stundenweiser) Rufbereitschaft.

Bereitschaftsdienst:

Entgeltregelung wie § 10 Abs. 4 einschließlich Übergangsregelung nach § 22 Abs. 10 Buchst. a) TV-V.

Merkposten: Fälligkeitsregelung unständige Entgeltbestandteile

### 17. Sonderzahlung

Der Arbeitnehmer, der am 1. Dezember im Arbeitsverhältnis steht, hat Anspruch auf eine jährliche Sonderzahlung. Diese beträgt ..... des dem Arbeitnehmer im .... zustehenden Arbeitsentgelts (fiktive Entgeltberechnung wird noch festgelegt); unberücksichtigt bleiben hierbei das *zusätzlich für Überstunden zu zahlende Arbeitsentgelt (mit Ausnahme der dienstplanmäßig vorgesehenen Überstunden)*, Leistungszulagen, Leistungsprämien, *Ertragsprämien* sowie besondere Zahlungen. Der Anspruch ermäßigt sich um ein Zwölftel für jeden Kalendermonat, in dem der Arbeitnehmer keinen Anspruch auf Entgelt, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall oder Fortzahlung des Entgelts während des Erholungsurlaubs hat.

Die Sonderzahlung wird mit dem für November zustehenden Entgelt ausgezahlt. Ein Teilbetrag kann zu einem früheren Zeitpunkt ausgezahlt werden.

Arbeitgeber-Merkposten: Ost; Bemessungsgrundlage, z.B. Elternzeit (mittelbar Diskriminierung)

### 18. Offene Fragen bei der zentralen Eingruppierungsvorschrift

Verweis auf Verhandlungen zur Entgeltordnung

### 19. Beispiele Entgeltgruppe 1

- ist erledigt -

### 20. Koordination von Beispielen und Fernermerkmalen

Verweis auf Verhandlungen zur Entgeltordnung

### 21. Öffnungsklausel ArbZG

Der Klammerzusatz in § 8 Abs. 4 TV-ÖD wird gestrichen.

Ansonsten: Redaktion

### 22. Details zur „Speisung“/Finanzierung des Leistungsentgelts

- politische Entscheidung -

### 23. Ausgestaltung leistungs- und ertragsorientierte Vergütung (1. Hlbj. 05)

- politische Entscheidung –

- Bestehende landesbezirkliche/bezirkliche Tarifverträge bleiben unberührt

#### 24. Übergangsregelungen

- jeweils zu den einzelnen Themen -

#### 25. Überleitungsregelungen (auch für landesbezirkliche Regelungen)

#### 26. Negativkatalog/Sonderregelungen

#### 27. Merkposten: Alters-Teilzeit

#### 28. In-Kraft-Treten

- politische Entscheidung -

#### 29. Technische Fragen (Gestaltung des TVöD einschl. der weiter anzuwendenden Tarifverträge)

- Redaktion -

#### 30. Regelungen für Teilzeitbeschäftigte

Nachfolgeregelung gemäß § 15 b BAT mit redaktioneller Überarbeitung

Bei der Arbeitszeitgestaltung ist der besonderen Situation von Teilzeitbeschäftigten Rechnung zu tragen.

#### 31. Entgeltsicherung bei Leistungsgeminderten

*Arbeitgeber: Übergangsregelung analog § 22 Abs, 8 TV-V;*

*Nachfolgeregelung in Anlehnung an § 37 Abs. 1 und Abs. 2 Bst. a) und Satz 2 MT-Arb*

*ver.di: volle Mantelregelung des § 37 MT-Arb, §§ 28 u. 28a BMT-G*

- *politische Lösung –*

#### 32. Arbeitszeit § 8 Abs.3 (Wochenfeiertage/ 24./31.12.)

erledigt durch Ziff. 15

#### 33. Erschwerniszuschläge

### **§ y**

### **Erschwerniszuschläge**

- (1) Ein Erschwerniszuschlag wird für Arbeiten gezahlt, die außergewöhnliche Erschwernisse beinhalten. Dies gilt nicht für Erschwernisse, die mit dem der Eingruppierung zugrundeliegenden Berufs- oder Tätigkeitsbild verbunden sind.
- (2) Außergewöhnliche Erschwernisse im Sinne des Absatzes 1 ergeben sich grundsätzlich nur bei Arbeiten
  - a) mit besonderer Gefährdung
  - b) mit extremer nicht klimabedingter Hitzeeinwirkung
  - c) mit besonders starker Schmutz- oder Strahlenbelästigung oder
  - d) unter sonstigen vergleichbar erschwerten Umständen.
- (3) Zuschläge nach Absatz 1 werden nicht gewährt, soweit der außergewöhnlichen Erschwernis durch geeignete Vorkehrungen, insbesondere zum Arbeitsschutz, ausreichend Rechnung getragen wird.
- (4) Die zuschlagsfreien Arbeiten und die Höhe der Zuschläge werden landesbezirklich und für den Bund durch Tarifvertrag vereinbart. Die Zuschläge betragen in der Regel 5 v.H. bis 15 v. H., in besonderen Fällen auch abweichend, des auf eine Stunde entfallenden Anteils des monatlichen Entgelts der Stufe 2 der Entgeltgruppe 2.

### **Übergangsregelung:**

Bis zur Regelung in einem landesbezirklichen bzw. für den Bund geltenden Tarifvertrag gelten die bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Tarifvertrages jeweils geltenden Regelungen zu Erschwerniszuschlägen weiter (*Für die Redaktion: mit der Maßgabe, die Grenzen des Abs. 4 zu beachten*).

### 30. Jubiläumszuwendung

25 Jahre = 350 €

40 Jahre = 500 €

Mindestregelung mit betrieblicher Öffnungsklausel

Arbeitgeber-Vorbehalt, dass sich die Zeitangabe auf die Beschäftigungszeit/Betriebszugehörigkeit bezieht; außerdem Übergangsregelung: „Für die Anwendung dieser Vorschrift wird die nach Maßgabe des BAT/BMT-G anerkannte Dienstzeit, BAT-0, BAT-Ostdeutsche Sparkassen, BMT-G-O, MTArb-O anerkannte Beschäftigungszeit, MTArb anerkannte Jubiläumszeit als Beschäftigungszeit im Sinne des TV-ÖD berücksichtigt. Dies gilt nur für die ununterbrochene Dauer des am Stich-



tag (Inkrafttreten des TV ÖD) bestehenden Arbeitsverhältnisses zu demselben Arbeitgeber.“

ver.di: § 39 BAT-O, § 37 BMT-G-O gilt zur Beschäftigungszeit für die Beschäftigten im Tarifgebiet Ost

Merkposten: keine Differenzierung bei Teilzeitkräften

### 31. Besitzstände

- werden bei den einzelnen Themen geregelt -

### 32. Vermögenswirksame Leistungen

Status quo, besondere Regelung für Sparkassen

### 33. Öffnungen für landesbezirkliche Tarifverträge im Zusammenhang mit Anpassungsprozessen [] aus B 2

### 34. Pause bei Wechselschicht [] aus B 4 – Flughäfen –

VKA: Position bleibt aufrecht erhalten

### 35. Bereitschaftszeiten innerhalb regelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit [] aus B 4 – Flughäfen -

VKA: Position bleibt aufrecht erhalten

### 36. Qualifizierung aus [] B 4 – Flughäfen -

VKA: Position bleibt aufrecht erhalten

### 37. Öffnungsklausel TzBfG für Befristungen ohne Sachgrund auf 4 Jahre [] aus B 4 – Flughäfen -

VKA: Position bleibt aufrecht erhalten

### 38. Arbeitszeitkorridor bis 48 Stunden, Rahmenzeit von 20:00 auf 22:00 Uhr, Feiertagsregelung, 24./31.12. [] aus B 5

VKA: Position bleibt aufrecht erhalten

39. Kostenentlastung (über die Regelungen zur Entgeltgruppe 1 und die Entgeltgruppen 1 bis 4 hinaus) II aus B 5

VKA: Position bleibt aufrecht erhalten

40. Notfallöffnung analog Tarifabschluss BDE II aus B 5

VKA: Position bleibt aufrecht erhalten

41. Notfallöffnung analog Tarifabschluss BDE aus B 5

VKA: Position bleibt aufrecht erhalten

42. ver.di: Entgeltumwandlung Bund

43. Anerkennung der Reisezeiten als Arbeitszeit

Bei Dienstreisen gilt nur die Zeit der dienstlichen Inanspruchnahme am auswärtigen Geschäftsort als Arbeitszeit. Für jeden Tag einschließlich der Reisetage wird jedoch mindestens die auf ihn entfallende regelmäßige, durchschnittliche oder dienstplanmäßige Arbeitszeit berücksichtigt, wenn diese bei Nichtberücksichtigung der Reisezeit nicht erreicht würde. Überschreiten nichtanrechenbarer Reisezeiten insgesamt 15 h im Monat, so wird auf Antrag 25 Prozent dieser überschrittenen Zeiten bei fester Arbeitszeit als Freizeitausgleich gewährt und bei gleitender Arbeitszeit im Rahmen der jeweils geltenden Vorschriften auf die Arbeitszeit angerechnet. Der besonderen Situation von Teilzeitbeschäftigten ist Rechnung zu tragen.

44. Zuschlagsregelungen bei Führungspositionen auf Zeit

Der Zuschlag bei der Wahrnehmung einer Führungsfunktion auf Zeit nach Absatz 3 der Regelung entspricht 75 Prozent des Unterschiedsbetrages zwischen den stufengleichen Entgelten der Entgeltgruppe, die der übertragenden Funktion entspricht, zur nächst höheren Entgeltgruppe.

45. Überstunden bei Führungskräften

„Für Beschäftigte der Entgeltgruppe 15 bei obersten Bundesbehörden sind Mehrarbeit und Überstunden durch das Grundgehalt abgegolten. Beschäftigte der Entgeltgruppe 13 und 14 bei obersten Bundesbehörden erhalten nur dann ein Überstundenentgelt, wenn die Leistung der Mehrarbeit oder der Überstunden für sämtliche Beschäftigte der Behörde angeordnet ist; im Übrigen ist über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistete Arbeit dieser Beschäftigten durch das Grundentgelt abgegolten. Satz 1 gilt auch für Leiter von Dienststellen und deren ständige Vertreter, die in die Entgeltgruppen 14 und 15 eingruppiert sind.“

(Redaktion)

#### 46. Strukturausgleich

Die Strukturausgleichsbeträge, soweit nicht bereits vereinbart (Egr 6 und 8) ergeben sich aus den Anlagen 1 und 2, Rechenfehler vorbehalten.

Sollten die Tarifvertragsparteien einzelne Verläufe nicht berücksichtigt haben, werden sie in Anlehnung an die vereinbarten Strukturausgleichsbeträge einer entsprechenden Regelung zugeführt.

#### 47. Pauschalierung / Abfindung

Einzelvertraglich können zusätzliche Entgeltbestandteile (z.B. Zeitzuschläge, Erschwerniszuschläge, Strukturausgleichsbeträge) pauschaliert b.z.w. abgegolten werden.

#### 48. Notwendige Regelungen im TVöD für besondere Berufsgruppen wie z.B. Kraftfahrer des Bundes, Feuerwehren und Wachdienste werden noch vereinbart.